

MITGLIEDERVERSAMMLUNG
Traktanden auf Seite 3
Dienstag, 30. Januar 2024
19.30 Uhr, Alte Kaserne

Kulturstadt Winterthur

Der Kulturstadt Rechnung tragen, S. 2

Ja zur 13. AHV

Für ein besseres Leben im Alter, S. 2

Kommunaler Richtplan

Leitplanken für eine wachsende Stadt, S. 3

Ja zur Stabilisierung der Pensionskasse

Parolenempfehlung, S. 4

Arbeit & Wertschätzung

Liebe Genoss:innen

Viele grosse Köpfe haben viele Theorien über den Wert der Arbeit aufgestellt. Man kann eine Arbeit danach einteilen, wie viel Tausch- oder Gebrauchswert ihr Resultat hat. Man kann auch nach der nötigen Dauer oder Komplexität einer Arbeit fragen.

Oder man kann aufwiegen, was der gesellschaftliche Sinn dahinter ist. Das alles ist reichlich abstrakt. Wir alle spüren den Wert der Arbeit aber auch ganz konkret in unserem Leben: Wenn wir unsere Kinder in eine Kita bringen können und wissen, dass sich dort jemand gut um sie kümmert, dann hat das einen Wert. Wenn wir krank sind und schnell mit jemandem reden können, der uns beruhigt und uns gesund pflegt, dann hat das einen Wert. Wenn uns jemand unterrichtet, berät, unterstützt, betreut oder für uns baut, kocht, putzt, dann hat das spürbaren Wert. Genauso viel hat es Wert, wenn wir wiederum als Arbeitende gut behandelt werden: Wenn unsere Vorgesetzten auf unsere Bedürfnisse eingehen, wir unsere Arbeit in Ruhe und mit genug Ressourcen erledigen können und wir mit dem Lohn für unsere Arbeit zufrieden sein können.

Leider lässt sich dieser gefühlte Wert von Arbeit schon lange nicht mehr mit der Realität übereinbringen: Die Produktivität boomt, die Löhne stagnieren. Die Arbeitsbelastung steigt, die Wertschätzung durch Arbeitgebende sinkt. Die Wohnungssuche wird immer schwieriger, die Mieten steigen ungebremst, die Krankenkassenprämien explodieren. Immer mehr Menschen kommen mit

ihrem Einkommen kaum mehr über die Runden. Neben der Wertschätzung der Arbeit geht es dabei auch um die Wertschätzung der Menschen, die am Ende hinter dem Arbeitswert stehen. Und darum, dass wir deswegen im Zentrum der Wirtschaft stehen sollten – und nicht die Profite.

Solidarische Grüsse



Franziska Tschirky & Markus Steiner
Präsidium

Parolen vom 3. März 2024

Winterthur

? **Stabilisierungspaket der Pensionskasse**

JA Uferinitiative
NEIN Pistenausbau

Zürich

? **Verfassungsänderung des Kantons**

Schweiz

JA Initiative für eine 13. AHV-Rente «Für ein besseres Leben im Alter»

NEIN Durchsetzungsinitiative «Anti-Chaoten-Initiative»

NEIN Renteninitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge»

NEIN Gegenvorschlag zur Durchsetzungsinitiative

Stichfrage: Gegenvorschlag



Der Kulturstadt Rechnung tragen

von Markus Steiner, Stadtparlamentarier

In seiner ersten diesjährigen Sitzung hat der Stadtrat erfreulicherweise beschlossen, den Betrag für die befristeten Subventionsverträge für die Kultur in Winterthur substanziell zu erhöhen. Die geplante Erhöhung von einer Million Franken zeigt in die richtige Richtung und bekräftigt die Absicht der Stadt, der Kultur angemessen Rechnung zu tragen.

Kultur soll Brücken bauen, Identität stiften und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Dafür braucht die Kultur aber gute Rahmenbedingungen, finanzielle Unterstützung und geeignete Räume. Kulturförderung ist für uns unverzichtbar und geht uns alle an. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit und Aufgabe des Gemeinwesens, genauso wie Bildung, Umwelt oder Sicherheit. Sie ist also Staatsaufgabe.

Tatsache bleibt jedoch, dass Winterthur mit seinen Kulturausgaben, gemessen an den städtischen Ge-

samtausgaben, nach wie vor weit unter dem Schweizer Durchschnitt liegt (2.1 % verglichen mit 3,5 % im Durchschnitt der grössten Schweizer Städte) und die Kulturausgaben zudem nicht mit dem Wachstum der Stadt mithalten. Weiter muss befürchtet werden, dass die bürgerliche Parlamentsmehrheit, analog zur Budgetdebatte im letzten Dezember 2023, diese Beiträge wieder zusammenstutzt. Nicht vergessen ist die Kürzung der projektbezogenen Förderung im Budget 2024 von 100'000 Franken. Die Bürgerlichen setzen sich für die Kultur ein, solange sie nichts kostet. Jetzt gilt es für sie, Farbe zu bekennen im Stadtparlament.

Unsere Fraktion wird sich in der zuständigen Kommission BSKK und im Stadtparlament intensiv mit den einzelnen Subventionsbeiträgen befassen und sich aktiv für deren Erhöhung einsetzen. Die befristeten Verträge leisten einen wesentlichen Beitrag zur Planungssicherheit der Institutionen.

Für ein besseres Leben im Alter: Ja zur 13. AHV!

Die Renten reichen nicht mehr, weil alles teurer ist. Mieten, Krankenkassenprämien und Preise für Lebensmittel steigen. Konkret frisst die Teuerung den Rentner:innen bis Ende 2024 eine ganze Monatsrente weg. Die 13. AHV-Rente kompensiert diesen Kaufkraft-Verlust.

Anders als immer wieder prognostiziert, schreibt die AHV weiter schwarze Zahlen. Die Angstszenerien der Bürgerlichen sind falsch. Die 13. AHV-Rente kostet bei der Einführung rund 3,7 Milliarden. Diese Mehrkosten kann die AHV tragen, denn für 2026 rechnet der Bund mit Überschüssen in etwa gleicher Höhe. Sollte es in Zukunft zusätzliche Mittel brauchen, reicht ein zusätzlicher Lohnbeitrag von 0,4%. Eine so günstige Rentenerhöhung gibt es für Arbeitnehmende nur über die AHV.

Die höheren Preise treffen Menschen mit tieferer Rente besonders hart. Darunter sind überdurchschnittlich viele Frauen. Eine 13. AHV-Rente bringt ihnen am meisten. Denn nur in der AHV sind alle versichert. Und nur in der AHV wird die unbezahlte Betreuungsarbeit aner-

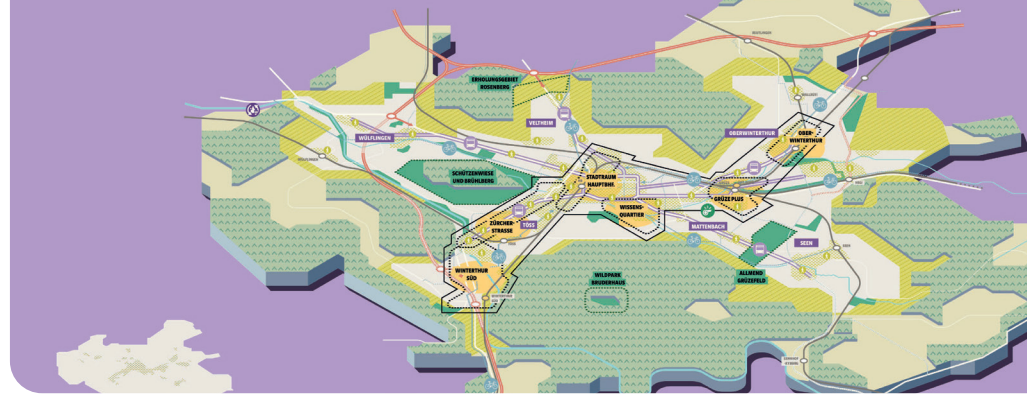
kannt, die hauptsächlich von Frauen geleistet wird: ein Kind grosszuziehen, erhöht die AHV-Rente.

Für uns ist klar: Wir müssen den Kaufkraft-Verlust bei den Renten ausgleichen. Darum empfiehlt das Präsidium dem Parteirat der SP Schweiz ein Ja zur 13. AHV.

Bei Annahme der Initiative wird spätestens ab 2026 allen aktuellen und künftigen Rentner:innen eine 13. AHV-Rente ausbezahlt. Auch Bezüger:innen von Ergänzungsleistungen bekommen die zusätzliche Rente. Das gleicht schnell und effizient die gestiegenen Preise aus.

Standaktionen Abstimmungen 3. März
Aktivist:innen gesucht!

10. Februar, Standaktion, 09.00 - 12.00 Uhr, Altstadt
21. Februar: Bahnhofsflyern, 07.00 - 09.00 Uhr, HB
23. Februar, Standaktion, 09.00 - 12.00 Uhr, Altstadt



Kommunaler Richtplan – Leitplanken für eine wachsende Stadt

Benedikt Zäch, Vizepräsident Stadtbaukommission (SBK)

Im Kanton Zürich ist die Planung der räumlichen Entwicklung auf drei Ebenen angesiedelt. Der Kantonale Richtplan gibt die Eckpunkte für Siedlung, Verkehr und Landschaft vor. Darauf bauen die Regionalen Richtpläne der elf Planungsregionen auf; Winterthur ist das Zentrum einer Planungsregion. Gemeinden und Städte schliesslich erstellen Kommunale Richtpläne, die behördenverbindlich (d.h. für die Verwaltung bindend) sind, aber noch nicht für die Grundbesitzer:innen. Deren Rechte und Pflichten werden in der BZO (Bau- und Zonenordnungen) geregelt.

Nach 25 Jahren hat die Stadt wieder einen neuen kommunalen Richtplan aufgelegt. Während das Dokument von 1998 eine Broschüre war, umfasst der neue Richtplan 226 Seiten und einen Erläuterungsbericht von 100 Seiten. Schon das zeigt, wie sehr sich Anforderungen, Ansprüche und Aspekte der städtischen Raumplanung gewandelt und vermehrt haben.

Heute geht es eben um mehr als Wohnungen, Arbeitsplätze und Strassen. Grünraum und Gewässer, städtische Infrastruktur, die Entwicklung der Quartiere und nicht zuletzt Massnahmen, die der Klimawandel der Planung auferlegt, sind wichtige Themen. Zudem bildet der Richtplan alle verwaltungsinternen Richtlinien und Konzepte zu diesen Themen ab und giesst sie in konkrete Massnahmen und Projekte. Grundsätzlich gilt: Was nicht in den Richtplänen abgebildet ist, wird planerisch nicht verwirklicht. Deshalb ist der Richtplan, trotz seiner grossen «Flughöhe», ein zentrales Steuermittel für die räumliche Planung, gerade auch politisch.

Die SP hat sich im Auflageverfahren ausführlich zum Richtplan und den darin formulierten Massnahmen geäussert. Grundsätzlich begrünnen wir dessen Ausrichtung, der auf eine Verkehrswende setzt (Tempo 30, mehr Langsamverkehr, Umlagerung der Verkehrsträger, d.h. mehr ÖV, Velo- und Fussverkehr), den Klimawandel ernst nimmt und die durch das Wachstum notwendige Verdichtung der Stadt im sogenannten «Rückgrat» der Entwicklungsgebiete vornehmen will. Erstmals wird auch der Bedarf an Infrastrukturbauten (Schulhäuser, Busdepots, Rettungsdienste) in die Planung aufgenommen.

Bei Leerstellen im Richtplan setzen wir mit Kritik und Ergänzungen an: Mit keinem Wort wird der gemeinnützige Wohnungsbau erwähnt; es ist nur von «preisgünstigem» Wohnraum die Rede, was nicht dasselbe ist. Auch die Quartierinfrastruktur (Quartierzentren, soziale Quartierarbeit) kommt nicht vor. In der Verkehrsplanung fehlen uns Alternativen zur blossen Weiterentwicklung des ÖV-Angebots: das sternförmige Busnetz, bei dem alle Linien im Bahnhofraum landen, schafft schon heute Probleme und ist nicht in der Lage, den erwarteten Mehrverkehr aufzufangen.

Unsere konkreten Verbesserungsvorschläge werden uns bei der weiteren Behandlung nützlich sein, denn die Auflage ist nur der Beginn des politischen Prozesses. Das Parlament wird sich intensiv damit befassen; dort prallen, das ist bereits klar, sehr unterschiedliche Interessen aufeinander.

Einladung zur Mitgliederversammlung

Dienstag, 30. Januar, 19.30 Uhr, Alte Kaserne

Traktanden

1. Begrüssung
2. Mitteilungen

3. Parole Stabilisierung der Pensionskasse
Regula Keller

4. Demokratie-Initiative
Annette Erzinger

5. Varia



JA zur Stabilisierung der Pensionskasse

Regula Keller, Stadtparlamentarierin

Die Situation der Pensionskasse der Stadt Winterthur beschäftigt die Politik, die Verwaltung und auch die Mitarbeitenden der Stadt bereits lange Zeit. Seit die Kasse 2014 mit einem Fehlbetrag verselbständigt wurde, sind die unsichere finanzielle Situation und Sanierungsmassnahmen ein Dauerthema. Das Parlament hat im November einer Lösung zugestimmt, mit der die Kasse stabilisiert werden soll. Um die Lösung umzusetzen, ist ein Ja des Volks zu einem Kredit von 120 Millionen nötig.

Die Geschichte der verselbständigten Pensionskasse der Stadt Winterthur ist geprägt durch eine fast zehnjährige Geschichte mit wiederkehrenden Unterdeckungen der Kasse, Sanierungspaketen und politischem Gerangel.

Ein Versuch 2019, durch einen Kredit von 144 Millionen die Kasse auf eine solidere Basis zu stellen, scheitert im Parlament an den unterschiedlichen politischen Positionen der Fraktionen. In der Folge wurde der Stadtrat beauftragt, eine Integration in eine andere Pensionskasse zu prüfen, sowie den Sanierungsbeitrag zu beziffern, der nötig wären, sollte die Kasse selbständig bleiben. Aus der öffentlichen Ausschreibung ging die Pensionskasse der Stadt Winterthur als Siegerin hervor. Im März 2023 legte der Stadtrat dem Parlament einen neuen Antrag zur Stabilisierung der Kasse vor, der während der Sommermonate durch eine parlamentarische Spezialkommission beraten wurde.

Dem von der Spezialkommission, auf der Basis des Stadtratsvorschlages ausgearbeiteten Massnahmenpaket, stimmte das Parlament im November 2023 einstimmig zu. Das Paket besteht im Wesentlichen aus einem Kredit von 120 Millionen, der je nach Deckungsgrad an die Pensionskasse überwiesen wird, der Anpassung des Beitragsverhältnisses zwischen Arbeitgeberin und Arbeitnehmenden auf 60:40, sowie Kompensationsmassnahmen, um die Veränderung des Beitragsverhältnisses bei betroffenen Arbeitnehmenden auszugleichen.

Aus Sicht der SP-Fraktion stellt die geplante Lösung einen ausgewogenen Kompromiss dar, der die Interessen der verschiedenen Gruppen berücksichtigt. Arbeitnehmende werden von Sanierungsmassnahmen entlastet und müssen bis zu einem Jahreslohn von 120'000 keine Lohneinbussen in Kauf nehmen, Arbeitnehmende mit höheren Löhnen erhalten ebenfalls Kompensationszahlungen. Die Stadt wird durch den Wegfall der Sanierungsmassnahmen und das neue Beitragsverhältnis finanziell entlastet und den Steuerzahler:innen bietet das dynamische Finanzierungsmodell die Gewähr, dass das Geld zielgerichtet eingesetzt wird.

Über den Kredit von 120 Mio. entscheidet das Volk im Juni 2024. An der SP-Mitgliederversammlung vom 30. Januar 2024 wird die Parole zur Vorlage gefasst. Die SP-Fraktion stellt sich klar hinter den Kredit und das Gesamtpaket zur Verhinderung von weiteren Sanierungsmassnahmen zu Lasten der Arbeitnehmenden der Stadt Winterthur.

AGENDA SP Winterthur

30. Januar

Neumitgliedertreffen

18.30 Uhr, Bistro Alte Kaserne

30. Januar

Mitgliederversammlung

19.30 Uhr, Alte Kaserne

3. Februar

SP-Treff Veltheim-Wülflingen

10.00 Uhr, Restaurant Caliente

3. Februar

SP Oberi-Stamm

10.00 – 12.00 Uhr, Kaffee Augenblick

10. Februar

Standaktion Abstimmungen/ Demokratieinitiative

09 – 12.00 Uhr, Altstadt

21. Februar

Bahnhofsflyern Abstimmungen

07.15 Uhr HB Winterthur

23. Februar

Standaktion Abstimmungen/ Demokratieinitiative

09 – 12.00 Uhr, Altstadt

24. Februar

Parteitag SP Schweiz

10.30 Uhr, Le Grand-Saconnex

27. Februar

Parteivorstandssitzung

19.30 Uhr, SP-Seki

2. März

SP-Treff Veltheim-Wülflingen

10.00 Uhr, Restaurant Caliente

2. März

SP Oberi-Stamm

10.00 – 12.00 Uhr, Kaffee Augenblick

3. März

Abstimmungssonntag

6. März

Besuch im Bundeshaus

16.00 Uhr, Bern

6. April

SP-Treff Veltheim-Wülflingen

10.00 Uhr, Restaurant Caliente

16. April

Neumitgliedertreffen

18.30 Uhr, Bistro Alte Kaserne

16. April

Jahres-Mitgliederversammlung

19.30 Uhr, Alte Kaserne